

Antrag

**der Abgeordneten Metin Kaya, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und
Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: 100 Milliarden für sozialökologische Transformation und globale
Gerechtigkeit statt Sondervermögen für die Bundeswehr!**

Im „Bundeshaushalt neben dem Bundeshaushalt“ soll 2022 ein neues Sondervermögen über 100 Milliarden Euro als Fonds für die Bundeswehr eingerichtet werden. Durch diese 100 Milliarden Euro soll die Aufstockung der „Verteidigungsausgaben“ auf das NATO-Ziel von 2 Prozent des BIP finanziert werden. Um die inzwischen im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zu diesem Zweck auszusetzen, plant die Regierungskoalition, das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ebenfalls im Grundgesetz festzuschreiben. Dies zeugt einerseits von der Einsicht der Regierungskoalition, dass die Schuldenbremse ein Irrweg ist – andererseits von der Möglichkeit, wichtige Ausgaben trotz festgeschriebener Schuldenbremse dauerhaft zu finanzieren, solange eben der politische Wille vorhanden ist.

Die Debatte um das Sondervermögen (sowie eine „Tornado-Flotte“, das „Twister-System“, eine „Combat Cloud“, der „Eurodrohne“ et cetera) lässt bisweilen jeglichen Realitätsbezug zur Höhe der geforderten 100 Milliarden Euro vermissen. Nach Jahrzehnten des Kaputtsparens der öffentlichen Infrastruktur und der Vernichtung von Möglichkeiten der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe sollen nun 100 Milliarden Euro in die Hand genommen werden, um weder nachhaltig noch ökologisch zu handeln. Nach wie vor gilt: Aufrüstung schafft keinen Frieden. Aufrüstung birgt weiteres Eskalationspotenzial. Eine Erhöhung des Wehretats schafft keine weitere Sicherheit – stattdessen braucht es Investitionen in Bildung, Soziales und nachhaltige Energien, um auch die Abhängigkeit von Öl- und Gastexporteuren zu verringern.

Die Forderungen für einen sozialökologischen Umbau seitens der Fraktion DIE LINKE im Bundestag lesen sich wie Peanuts gegen die 100 Milliarden, die nun plötzlich bereitgestellt werden sollen: zum Beispiel 2,4 Milliarden Euro für den DigitalPakt Schule, 100 Millionen Euro für die dauerhafte Schaffung von Lehramtsstudienplätzen zur Behebung des Lehrkräftemangels, 9,6 Milliarden Euro für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm (davon 4,6 Milliarden Euro mehr für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau), 1 Milliarde Euro für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern, 422 Millionen Euro als fester Sockelbetrag für das Welternährungsprogramm (WFP), 200 Millionen Euro für ein ziviles staatliches Seenotrettungsprogramm, 200 Millionen Euro für ein Sofortprogramm für die Taktverdichtung im ÖPNV, 1,1 Milliarden Euro für weitere humanitäre Hilfsmaßnahmen, für Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, für Demokratisierung und Menschenrechte, für die Vereinten Nationen, für Welternährung, für Bildung und Erinnerungspolitik, für Krankheitsbekämpfung und Gesundheitssysteme, für Klimaschutzmaßnahmen und Schuldenumwandlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Es wird also deutlich, dass die rot-grün-gelbe Bundesregierung massiv in die Aufrüstung statt in den sozialökologischen Umbau und die Friedenssicherung investieren möchte. Auch die Hansestadt Hamburg spielt hier eine Rolle, da die Gesetzentwürfe für das Sondervermögen zeitnah im Bundesrat abgestimmt werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. BT-Drs. 20/1409 („Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr““) im Bundesrat abzulehnen.
2. BT-Drs. 20/1410 („Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a)“) im Bundesrat abzulehnen.
3. der Bürgerschaft darüber zu berichten.